Sauerländisches Volksblatt

Ältester Anzeiger für das Sauerland — **Amtliches Kreisblatt des Kreises Olpe**

SV

Gegr. 1840.

Das „S. V." erscheint jeden Werktag früh. Der monatliche Bezugspreis ist freibleibend, die Einzelnummer kostet 15 Goldpfg. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen. Störungen durch höhere Gewalt und Ausstand rechtfertigen keine Ersatzansprüche. Geschäftsstellen: Frankfurterstr. Nr. 16 und Bahnhofstr. Nr. 8. — Fernruf 2. — Postscheck-Konto Köln Nr. 10158.

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe im Ortsverkehr 8 Goldpfg., f. Auswärtige 10 Goldpfg., Reklamen 40 Goldpfennig; Offertengebühr 25 Goldpf., umzurechnen nach dem am Tage der Zahlung gültigen Berliner Dollar-Kurs. Zahlbar bei Aufgabe, spätestens 3 Tage nachher, andernfalls Verzugszinsen berechnet werden. Eventuell gewährter Rabatt gilt nur als Kassenrabatt.

Nr. 43 — Olpe, Mittwoch, den 20. Februar 1924. — 84. Jahrg.

Die Arbeiten des kommenden Reichstages

Der am Mittwoch wieder zusammentretende Reichstag wird, wie man uns von parlamentarischer Seite schreibt, zunächst nur Kleinarbeiten durchzuführen haben. Der erste Verhandlungstag sieht nur kleine Vorlagen auf der Tagesordnung, am zweiten und dritten Tage werden die Pfalz-Interpellationen behandelt.

Wie sich die weiteren Dinge entwickeln, ist noch vollkommen unklar. Die Situation ist ganz gewiß nicht rosig. Auch das Parlament wird unter dem Druck der schweren Maßnahmen stehen, die die Reichsregierung hat treffen müssen, um uns vor neuem Wirtschafts- und Währungszusammenbruch zu bewahren.

Zu Beginn der übernächsten Woche ist eine Erklärung des Reichskanzlers zu erwarten, die sich mit den zum Schutze der Währung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes getroffenen Maßnahmen beschäftigt. Die Reichsregierung wird aussprechen, daß ihre Verordnungen einzig und allein von dem Bestreben getragen wären, die Wirtschaft auf eine neue Basis zu stellen, dadurch, daß eine neue Inflation verhütet und ein neuer Währungszerfall aufgehalten würde. Die Regierung wird weiter darauf bestehen, daß ihre Verordnungen als Ganzes betrachtet werden. Sie würde Anträge auf Aufhebung maßgebender Verordnungen ablehnen müssen und würde, falls sie damit Widerstand im Reichstag fände, unweigerlich und unverzüglich zur Reichstagsauflösung schreiten.

Bei dieser Sachlage ist zu erwarten, daß die Reichstagsparteien in einer Entschließung die Maßnahmen der Regierung, als im Interesse der Aufrechterhaltung der Währung liegend, billigen. Ein offizielles Vertrauensvotum, über das sich ein parlamentarischer Streit entspinnen könnte, ist nicht beabsichtigt. Ein Mißtrauensvotum dürfte aber ebenso wenig Annahme finden.

Die Hauptaufgaben der kommenden Reichstagstagung werden darin bestehen, die von der Reichsregierung getroffenen Dispositionen zum Schutze der Währung und Wirtschaft weiter auszubauen. Es steht nichts im Wege, die erlassenen Verordnungen zu ergänzen oder zu verbessern. Weiter wird der Reichstag den Reichshaushalt für 1924 festzustellen haben. Freilich wird das bei den jetzigen Verhältnissen nicht in der früher üblichen Form geschehen können. Die Dinge sind noch zu sehr im Fluß und zu unübersichtlich, als das man heute, wie in normalen Zeiten, mit festen Summen rechnen könnte. Es wird daher ein Notetat oder, was noch besser wäre, ein Notgesetz veranlaßt werden, das in ganz wenigen Paragraphen im großen und ganzen die Positionen aus dem Etatsjahr von 1923 in das Etatsjahr 1924 zu übernehmen hätte. Die Hauptsache ist, daß der Reichstag sehr rasch zu einer sachlichen Arbeit kommt.

Die kommende Reichstagstagung wird sehr kurz sein. Auf alle Fälle ist sicher, daß dieser Reichstag, der vor den neuen Wahlen steht, unmöglich wieder mit ganz großen grundsätzlichen Aufgaben befaßt werden kann. Weder von Seiten der Reichsregierung werden daher diesem Reichstag noch solche großen Fragen überwiesen werden, noch werden die Parteien selber den Wunsch haben, solche Dinge vor den Neuwahlen noch in Angriff zu nehmen.

Reichswirtschaftsminister Hamm in München.

München, 19. Febr. (Privatb.)

Die Korrespondenz Hoffmann meldet, anläßlich der Anwesenheit des Reichswirtschaftsministers **Hamm** der zu einer Fühlungnahme mit dem bayrischen Handelsminister und den Kreisen der bayrischen Wirtschaft nach München gekommen war, hatte das Handelsministerium zu einer Besprechung eingeladen. Nach den Ausführungen des Staatsministers Dr. von Meinel über die Sorgen und Wünsche der bayrischen Wirtschaft, denen sich eine eingehende Besprechung anschloß, ergriff der

Reichswirtschaftsminister

das Wort. An die Spitze seiner Ausführungen stellte er den Satz, **daß erst jetzt der Versailler Vertrag in seiner vollen Härte verwirklicht werde.** Die Grundursache der wirtschaftlichen Lage sei die ungeheure Inflationsverarmung. Es handele sich heute darum, **alle Kräfte herauszuholen, um wieder langsam in die Höhe zu kommen. Jede fahrlässige Gefährdung der Rentenmark sei eine schwere Versündigung am deutschen Volke.** Die Endlösung müsse allerdings die Goldnotenbank sei die den Anschluß an die Weltwirtschaft ermöglicht. Von diesem Gesichtspunkt aus müssen die noch bestehenden Beschränkungen des Devisenhandels in Kauf genommen werden. Oberster Grundsatz aller Maßnahmen sei, die Verhütung einer neuen Inflation. Der Reichswirtschaftsminister schloß seine Ausführungen mit einem Appell an das Gebundenheitsgefühl von Staat und Wirtschaft und an die unlösbare Gemeinschaftlichkeit von Reich und Einzelländern. Dankesworte des bayrischen Handelsministers bildeten den Ausklang der von aufrichtigem beiderseitigem Vertrauen getragenen Aussprache.

Die Spitzenorganisationen der Beamten beim Reichskanzler.

WTB Berlin, 19. Febr. (Drahtb.)

Der Reichskanzler empfing heute die Spitzenorganisationen der Beamtenschaft zu einer Aussprache über die wichtigsten schwebenden Beamtenfragen. Es wurden insbesondere die **Wünsche und Beschwerden über die Personalabbauverordnungen und ihre Durchführung, die Dienstzeit und die Besoldung** vorgetragen. Der Reichskanzler schilderte in eindringlichen Worten den **außerordentlichen Ernst der inneren und äußeren politischen Lage** und sagte den Spitzenorganisationen zu, die Beschwerden zu prüfen und insbesondere die Frage der Beschaffung einer Schiedsstelle für den Personalabbau zu erwägen und den Wünschen im Rahmen des finanziell Möglichen zu entsprechen.

Französische Geiselpolitik in der Pfalz.

WTB Landau, 19. Febr. (Drahtb.)

Der hiesige Bürgermeister hat unterm 16. 2 folgende Bekanntmachung erlassen müssen: Bekanntmachung des Delegierten der Interalliierten Rheinlandkommission. In Landau wurde dem Bürgermeisteramt eröffnet, daß eine **Liste von Geiseln** aufgestellt ist, die für die Sicherheit der Separatisten, ihrer Angehörigen und ihres Eigentums haften. Die Namen der Geiseln werden nicht angegeben. Die Liste weist den Bürgermeister, einen Apotheker, einen Rechtsanwalt, einen Zeitungsvertreter, einen Notar und einen Studienrat auf. Für Tumulte und Aufruhrschäden wird die Stadt Landau mit ihrem gesamten Vermögen haftbar gemacht.

Im Hinblick auf diese Maßnahmen wird die Bevölkerung ersucht, die Ruhe und Ordnung nicht zu stören. Es ist bemerkenswert, daß die Geiseln sämtlich Herren sind, die anläßlich des Empfanges der Pfalzvertreter durch den englischen Generalkonsul Clives energisch gegen den Separatistenterror sprachen. In der Bevölkerung herrscht große Beunruhigung.

Der Drang der Separatisten zur Ruhr.

WTB Bochum, 19 Febr.

Der rheinisch-westfälische unabhängige Bund scheint seit einiger Zeit auch auf das Ruhrgebiet ausdehnen zu wollen. Kürzlich fanden hier und in Herne Versammlungen statt, für die man sich Herrn Matthes aus Düsseldorf verschrieben hatte. Beide Versammlungen zeigten nur schwachen Besuch.

Die Kontrolle der deutschen Rüstungen.

WTB London, 19. Febr.

Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph vernimmt, daß die Regierung gegenwärtig das Problem der zukünftigen Kontrolle der deutschen Rüstungen prüft.

Die Veröffentlichung des französischen Gelbbuches.

WTB Paris, 19. Febr.

Dem Echo de Paris zufolge wird das **französische Gelbbuch über die Sicherheitsfrage** veröffentlicht werden, sobald die allein noch **ausstehende Zustimmung der italienischen Regierung** erfolgt ist.

Keine Erinnerung der Schuldner Amerikas.

WTB Paris, 19. Febr. (Drahtb.)

Nach einer Havasmeldung aus Washington hat die Fundierungskommission in ihrer gestrigen Sitzung dem Antrage die Schuldnerländer noch einmal daran zu erinnern, daß die Regierung der Vereinigten Staaten ihre Konsolidationsvorschläge gern kennen lernen will, keine Folge gegeben. Die Politik der Vereinigten Staaten hinsichtlich der der amerikanischen Kriegsforderungen bleibt unverändert. Es wird angenommen, daß die gestrige Stellung der Schuldenfundierungskommission eine stillschweigende Aufforderung an diejenigen Länder sei, die z. Zt. mit den amerikanischen Gläubigern überhaupt noch nicht oder noch nicht wieder in Fühlung getreten seien.

Loucheur über die Finanzlage Frankreichs.

WTB Paris, 19. Febr. Der ehemalige Minister Loucheur hielt gestern in **Cambrai** eine Rede über die Finanzlage Frankreichs. Die **Besetzung des Ruhrgebietes sei nicht unnütz gewesen, denn sie habe Frankreich ein wichtiges Pfand in die Hand gegeben.** Jetzt fordere man, daß der deutsche Steuerzahler nicht weniger belastet werde als der französische, und daß Deutschland die nötige Summe liefere, damit die verwüsteten Gebiete wieder in Stand gesetzt werden können. Loucheur sprach sich auch über die **Skandale in den verwüsteten Gebieten** aus und bedauerte, daß die Regierung nicht mehr Energie gegen die Leute gezeigt habe, die eine Anzahl Skandale zu Unrecht verallgemeinert haben. Er habe die Regierung immer unterstützt, wenn sie im Auslande Schwierigkeiten gehabt habe, und habe auch eine Gewissensfrage erfüllt, als er die Verteidigung der Geschädigten, der Beamten und der Pensionierten übernommen habe. **Welche Mittel müsse es geben, um die Finanzkrise zu lösen? Man schlage der Regierung neue Steuern vor. Er glaube nicht, daß sie das letzte Heilmittel seien. Die Regierung sei überzeugt, daß durch ihre Bemühungen die Handelsbilanz ausgeglichen werden könne. Es genüge, zu prüfen, um zu verstehen, daß, selbst** wenn das Geld, was man verspreche, eingehe, das Defizit noch 3 Milliarden betrage, das auch noch durch 10 bis 15 Milliarden schwebender Schulden vergrößert wird, und dadurch eine unheilvolle Lage schaffen würde. Neuer Steuern verteuerten den Lebensunterhalt.

Um auf dem Devisenmarkt eingreifen zu können, brauche man Dollars und englische Pfunde. Wie könne man sich diese verschaffen? In Frankreich seien 30 Milliarden ausländische Werte. Wenn die Regierung einen Aufruf an ihre Besitzer richten würde, würde sein Befolgen 6 Milliarden ergeben, die es ermöglichen würden, auf dem Devisenmarkt einzugreifen. Bleibe dieser Appell ungehört, dann müsse sie zu Zwangsmaßnahmen greifen. Etwa 2 Milliarden Gold würden aber auch in Frankreich verborgen gehalten. Hier müsse ein energischer Eingriff unternommen werden.

Deutsches Reich

Deutschland und der Völkerbund.

Vorwiegend in der Auslandspresse, so wird uns aus Berlin geschrieben, sind dieser Tage Mitteilungen erschienen, daß die englische Regierung die deutsche Reichsregierung zum Eintritt in den Völkerbund eingeladen habe. Wir können demgegenüber mitteilen, daß weder offiziell noch offiziös von England an die Reichsregierung in dieser Sache herangetreten worden ist. Es ist richtig, daß der gegenwärtige englische Ministerpräsident Macdonald einen solchen Plan schon vor seiner Ministerpräsidentschaft propagiert hat und eine derartige Idee liegt ja in dem Gedankenkreis seiner politischen Einstellungen überhaupt begründet. Es muß der englischen Regierung, nachdem sie die Sache selber will, auch überlassen bleiben, den Termin zu bestimmen. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Frage eines Eintritts Deutschlands in den Völkerbund nur damit diskutiert werden könnte, wenn die Aufnahme ohne irgendwelche Erklärungen unsererseits hinsichtlich der Friedensverträge und ihrer Verpflichtungen erfolgte. Eine nochmalige Anerkennung dieser Friedensverträge und der durch sie vor allem geschaffenen territorialen Zustände in Deutschland ist ganz und gar ausgeschlossen.

Die Reichsregierung hat beschlossen, auch weiterhin die Besatzungskosten für die besetzten Gebiete zu tragen. Sie hat aber bei den Regierungen der auswärtigen Mächte keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Dauer der Zahlung dieser Kosten nur noch sehr begrenzt sei. Es ist ein tragischer Konflikt, der in dieser Frage obwaltet, dadurch, daß die Bevölkerung der besetzten Gebiete mit Recht verlangen kann und verlangen muß, daß auch das unbesetzte Gebiet die materiellen Lasten mit tragen hilft, während aber andererseits wir vor der Gefahr eines Währungszusammenbruchs bei Fortsetzung dieser Zahlungen stehen. Es ist daher dringend zu wünschen, daß die Arbeiten der Sachverständigen, die auch diese Dinge in Berlin eingehend geprüft haben, sehr rasch zu einem Schlußergebnis gebracht werden, denn die Wiederverfügung über die Freiheit unserer Gebiete und die Einheit unserer Wirtschaft kann nur erfüllt werden bei einem tatkräftigen Schutz der Währung gegenüber einem neuen Zerfall.

Verhaftung Roßbachs.

In Wien wurde der wegen Teilnahme am Hitlerputsch steckbrieflich verfolgte Oberleutnant Roßbach wurde verhaftet. Man fand bei ihm falsche Legitimationspapiere.

Vertrauenskundgebung für Kardinal Faulhaber.

Die katholische Studentenschaft Münchens hat dem von Nationalsozialisten recht gehässig angegriffenen Kardinal Faulhaber eine große Vertrauenskundgebung im Löwenbräukeller veranstaltet. Prinz Alfons von Bayern mit seinem Sohn Joseph, die Minister Schweyer und Krausneck, der Landtagsführer der Bayer. Vpt. Geheimer Rat Held mit mehreren Abgeordneten, der Rektor der Universität und andere offizielle Persönlichkeiten waren zugegen. In einer Ansprache stellte der Kardinal 25 Thesen auf für das Ehrgefühl der katholischen Studenten. Mit der **sozialistischen Welle** gehe über Deutschland ein neuer Kulturkampf, der ruhmloseste, aussichtsloseste und verhängnisvollste Kampf. **Der Friede unter den Bekenntnissen sei eine Staatsnotwendigkeit.** Dürften wir nicht mehr „Veritatis!" an die Stirnseite unserer Universitäten schreiben **— dann sinis Germaniae.**

Die Frage der Wahlreform

hat auch neuerdings in den Verhandlungen mit den Parteiführern und der Reichsregierung eine große Rolle gespielt. Daß diese Angelegenheit nicht durch Ermächtigungsgesetz, sondern, da es sich um ein Hausgesetz des Reichstages handelt, nur durch diesen selbst geregelt werden kann, ist allgemeine Ueberzeugung. **Die Reichsregierung hat inzwischen eine Vorlage ausgearbeitet lassen, die nun Gegenstand der Besprechungen zwischen den Parteiführern war ehe sie an den Reichstag gelangt. Ob das geschieht, ist der Entschließung der Parteien vorbehalten geblieben.**

In diesen Besprechungen haben die Führer der deutschen Volkspartei, der Demokraten und des Zentrums geltend gemacht, daß aus Gründen der Durchführung der Wahlarbeiten es wohl kaum möglich sein werde, noch vor den Neuwahlen das Wahlgesetz so grundlegend zu ändern, wie es der Entwurf vorsieht. Von den entschiedensten Seiten wurde darauf hingewiesen, daß die Partei-Arbeiten bereits auf die bisherige Organisation eingestellt seien und daß bei Zugrundelegung der neuen Wahlkreiseinteilung auch eine neue Verteilung der Wahlarbeiten notwendig sei, die sich zum großen Teile gar nicht mehr durchführen lasse, da ja verschiedentlich schon Kandidaten-Aufstellungen stattgefunden hätten. Ins Gewicht fällt auch der Umstand, daß gegebenenfalls der Reichstag ganz plötzlich aufgelöst werden könne. Weiter muß man damit rechnen, daß bei einer Beratung der Vorlage im Parlament Anträge kommen, die als verfassungsändernd anzusehen sind. Insbesondere sind solche Maßnahmen in Vorbereitung, die eine Heraufsetzung des Wahlalters von 20 auf 25 Jahre bezwecken. Wenn die Parteien in ihrer Mehrheit zu der Auffassung kommen, daß die Wahlreform vor den Neuwahlen nicht mehr in der gebotenen Weise erledigt werden kann, dann wird sehr wahrscheinlich von Seiten der Parteien eine diesbezügliche gemeinschaftliche Erklärung veranlaßt. Unter Umständen kann es auch in Betracht kommen, daß der Aeltestenausschuß des Reichstages selber zu der Frage Stellung nimmt in einer offiziellen Kundgebung Stellung nimmt. Freilich wird man dabei nicht auf eine geschlossene Front der Parteien rechnen können, es werden verschiedene Absplitterungen zu erwarten sein. Ob man im Lande allgemein die in diesen Mitteilungen geltend gemachten Beweggründe des Parlaments in der Frage der Verschiebung der Wahlreform anerkennt, ist auch noch eine Frage, deren Beantwortung im Augenblick sehr zweifelhaft ist. Allerdings muß man nach näherer Kenntnisnahme des Reform-Entwurfes in seiner gegenwärtigen Gestalt sagen, daß er derart kompliziert, aber auch derartig lückenhaft ist, daß kaum das Ziel der Reform, nämlich die nähere Fühlungnahme der Wähler mit den zu Wählenden und Gewählten durch die neuen Bestimmungen erreicht wird.

Um die Botschaft in Washington.

In der Presse werden die Mitteilungen über die Veränderung in der Botschaft in Washington fortgesetzt. Es ist nun bestritten worden, daß der jetzige Botschafter **Wiedfeldt** wegen der Zeggenaffäre den Posten verläßt, und man hat weiter bestritten, daß Dr. **Solf**, der jetzige Botschafter in Tokio, sein Nachfolger wird. Diese Kombination ist zustandegekommen, weil Dr. Solf in einer persönlichen Angelegenheit nach Berlin gekommen ist. Tatsache ist aber, daß Dr. Wiedfeldt voraussichtlich nach dem 1. April nicht mehr deutscher Botschafter in Washington sein wird. Wiedfeldt hat auch persönlich derart disponiert, daß er von diesem Termin an wieder seine frühere Stellung als Direktor der Kruppwerke antreten wird.

(:) Die Mecklenburger Wahlen.

Wie schon die thüringer, so zeigten auch die mecklenburger Wahlen eine erhebliche **Verstärkung der Radikalen äußerst rechts und äußerst links.** In Mecklenburg haben die Deutschvölkischen, die bisher überhaupt keinen Sitz im Landtag hatten, nunmehr nicht weniger als 9 Mandate errungen, und den Deutschnationalen eine Schwächung ihrer bisherigen Position um 1 Mandat zugefügt. Deutschvölkische und Deutschnationale zusammen werden demnach ohne weiteres eine Mehrheit geben können. Aber auch die Linksradikalen, die Kommunisten, haben vier Mandate gewonnen und werden nunmehr mit 7 in den Landtag einziehen. **Schwere Verluste erlitten die Sozialdemokraten,** die gegenüber 28 nur noch 11 Sitze Sitze und die **Deutsche Volkspartei,** die statt 8 Sitzen nur noch vier erhält. Die Demokraten verlieren von ihren bisherigen 3 Sitzen 2 und werden nur noch einen Vertreter haben. Die bürgerlichen Parteien, die die Kosten dieser Radikalisierung tragen müssen, werden angesichts dieser Tatsache nicht untätig bleiben können.

Die Vernachlässigung des westfälischen Bildungswesens durch den Staat.

Unter diesem Titel hat Studienrat **Dr. Hüttermann** in Coesfeld soeben ein Schriftchen erscheinen lassen (Verlag Fleißig und Heuermann, Coesfeld 1924, Preis 25 Pfg.), das an Hand amtlichen Materials in knapper sachlicher Darstellung den Nachweis erbringt, daß die Provinz Westfalen nicht nur im Vergleich zu dem staatsbegünstigteren Osten, sondern überhaupt von allen preußischen Provinzen am stiefmütterlichsten vom Staate behandelt worden ist und zwar in **sämtlichen** Zweigen des Bildungswesens (Hochschulen, höhere, mittlere Volks- und Fachschulen). **Wir empfehlen dringend den berufenen Hütern des westfälischen Bildungswesens, den Schulverwaltungsbehörden, westf. Parlamentariern, Elternbeiräten, Schulorganisation, sich das Schriftchen anzuschaffen und in aller Ruhe die in ihm angegebenen Zahlen auf sich wirken zu lassen.**

Für eine breitere Oeffentlichkeit mögen jedoch folgende Punkte herausgestellt werden:

Westfalen nimmt seiner Einwohnerzahl nach die dritte Stelle unter den preußischen Provinzen ein.

Trotzdem besitzt es **nur eine einzige Hochschule**, die Universität zu Münster, und diese ist nicht einmal voll ausgebaut. Die Zahl ihrer Studierenden hat natürlich längst die einer Reihe von Volluniversitäten überflügelt. Und diese einzige Hochschule hat die Stadt Münster und die Provinz unter großen materiellen Opfern in langjährigem Ringen vom Staate **erkämpfen** müssen. Dabei besitzt Berlin allein 6 Hochschulen, andere Provinzen bis zu vier. In den **Ausgaben** für die Universitäten steht **Münster an letzter Stelle**, während z. B. Königsberg, das rund 800 Studenten weniger zählte, den zweieinhalbfachen Betrag von Münster erhält.

Genau so wie bei dem Hochschulwesen hat der Staat die Provinz Westfalen hinsichtlich der Zuwendungen für höhere, mittlere und Volksschulen benachteiligt. Westfalen besitzt im ganzen 13 staatliche höhere Lehranstalten, das sind 10 weniger als das an Einwohnerzahl halb so große Ostpreußen und 6 weniger als das noch kleinere Pommern. Und bei den staatlichen Beihülfen zu den kommunalen höhern Lehranstalten steht Westfalen erst an fünfter Stelle und die Gesamtsumme ist nicht viel höher als bei den übrigen, noch kleineren Provinzen. Die gesamten Ausgaben des Staates für das höhere Schulwesen dürften auf mehr als die Hälfte der Friedenszeit zusammengeschrumpft sein. Der Etat für höhere Schulen machte im Frieden einzweihundertstel des Gesamtetats aus. Daraus kann sich jeder selbst errechnen, wie tief der Anteil jetzt gesunken sein muß, zumal wenn man bedenkt, daß andere Ausgabenseiten stark in die Höhe gegangen sind. Erforderte doch z. B. der **Autopark der Schutzpolizei** im Rechnungsjahre 1922 allein dreißig Prozent mehr als die gesamten Aufwendungen für das höhere Schulwesen.

Wenn der Staat für die **mittleren Schulen** auch nicht so beträchtliche Ausgaben macht, so haben wir auch hier wieder die auffallende Erscheinung, daß Westfalen den anderen Provinzen gegenüber im **Nachteil** ist. Zu den mittleren Schulen rechnen immer noch, obschon sie längst ihrem Charakter nach in den Organismus der höheren Schulen einzugliedern gewesen wären, die sogen. **Rektoratschulen**, über deren Bedeutung hier nichts gesagt zu werden braucht. Und Westfalen ist das klassische Land der Rektoratschulen. Die Gemeinden haben sich immer wieder um Staatszuschüsse für diese Schulen bemüht, von seiten des Ministeriums hat man ihnen auch stets wohlwollende „Worte" gewidmet, aber Zuschüsse haben sie nur in ganz verschwindendem Umfange bekommen. Und nun vergleiche man Ostpreußen damit. Westfalen mit seinen 80 öffentlichen mittleren Schulen erhält nur die Hälfte der Zuschüsse von Ostpreußen mit 35 derartigen Schulen. Wir sind mit Dr. Hüttermann darin einig, daß nicht jede Provinz genau nach den Einnahmen, die sie dem Staate gibt, auch Ausgaben für sich beanspruchen kann. Der Stärkere muß auch hier dem Schwächeren mitgeben. Aber unbedingt muß und kann man verlangen, daß ein erträgliches Verhältnis zwischen Einnahme und Ausgabe hergestellt wird. Wir würden für manche der geschilderten Zustände vielleicht noch eine Entschuldigung aufbringen können, wenn wenigstens auf dem Gebiet des **Volksschulwesens** das Bild etwas erfreulicher wäre. Westfalen steht bezügl. der Kinderzahl an dritter Stelle. Das schon mehrfach vergleichsweise angezogene Ostpreußen erhält 25 Prozent Zuschüsse mehr, obwohl es noch nicht die Hälfte der Kinder aufzuweisen hat. Nur zwei Provinzen erhalten weniger als Westfalen, nämlich Schleswig-Holstein und Hessen-Nassau. Wie man bei der Zuteilung von Zuschüssen verfährt, dafür bietet ein Ort im hiesigen **Kreise** aus der jüngsten Zeit ein klassisches Beispiel. Erst der behördliche Instanzenzug, jede Stelle läßt die Anträge mit Plänen „ablagern" und wenn dann der Antrag glücklich in Berlin ist, dann erklärt man sich bereit, einen Dezernenten zur Prüfung an Ort und Stelle zu entsenden, der dann nach einem Verlauf von weiteren dreiviertel Jahren erscheint, eine Milliarde Zuschuß in Aussicht stellt (seine Reisekosten sind natürlich höher als der Zuschuß), und **Endergebnis: Auch dieser Zuschuß kann nicht bewilligt werden.**

Hinsichtlich der **Fachschulen** sei nur kurz erwähnt, daß von den dem Handelsministerium unterstellten 106 Fachschulen verschiedenster Art sich nur 7 in Westfalen befinden, daß von den 14 in Westfalen bestehenden Innungsfachschulen nur vier einen Staatszuschuß erhalten, in Ostpreußen dagegen 12 von 19. Von den 121 staatlichen und staatlich unterstützten Fach- und Fortbildungsschulen für **Mädchen** besitzt Westfalen nur 7.

Dr. Hüttermanns Schrift bietet noch manches Material zu interessanten Vergleichen, auf die wir verzichten müssen. Aus den angeführten Tatsachen jedoch müssen wir mit dem Verfasser die Folgerung herleiten, daß bei der der Verwaltungsreform nicht nur die Kostenverteilungsfrage für das höhere und mittlere Schulwesen, sondern auch die Schulunterhaltungspflicht für die Volksschulen einer grundlegenden Aenderung zu unterziehen ist. Ein schematischer Schuldabbau in Westfalen würde altes Unrecht verewigen und eine weitere Benachteiligung weil keine andere Provinz so viele Lehrer aus den darstellen, die umso härter empfunden werden muß, abgetrennten Gebieten hat aufnehmen müssen, während die **eigenen** Bewerber das Nachsehen hatten. Wenn der Staat Westfalen die Beiträge gewähren würde, auf die es bei Würdigung aller Tatsachen Anspruch erheben kann, dann wäre für die Heimatprovinz der Schuldabbau im wesentlichen erledigt.

Zum Schlusse verlangt Dr. Hüttermann die **Einberufung einer westfälischen Schulkonferenz**, welche Aufwendungen des Staates für das gesamte Bildungswesen gründlich zu untersuchen hätte. Ob aber die berufenen Stellen hierzu den Mut aufbringen, wagen wir vorläufig zu bezweifeln. Dann aber mögen sich die Schulorganisationen der verschiedenen Richtungen mit den westfälischen Parlamentariern zu einträchtigem Handeln zusammenschließen und sich leiten lassen von den von Dr. Hüttermann zitierten Worten eines holländischen Politikers: „Ihr Deutsche habt eure Waffen verloren, eure Handelsplätze sind euch genommen, **aber wenn ihr jetzt eure Schulen aufgebt und selbst zerstört, dann seid ihr und die deutsche Kultur in 20 Jahren erledigt".**

P. H.

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe.

☛ **Olpe**, 20. Febr. Wie aus dem Anzeigenteil ersichtlich, gelangt am Sonntag, dem 24., am Dienstag und am Mittwoch das Ritterschauspiel **„Der Kerkermeister von Kuhnfels"** zur Aufführung. Dieses Schauspiel versetzt uns in die Zeit des Raubrittertums. Die Annahme, daß sich die romantischen Schauspiele aus der Raubritterzeit bei Vereinen und Publikum auch heute noch einer großen Beliebtheit erfreuen, dürfte wohl keine Täuschung sein. Es ist dieses Stück bereits einmal in früheren Jahren in Olpe gezeigt worden und wir hoffen daß es bei der Bevölkerung noch in guter Erinnerung steht.

)(**Olpe**, 20. Febr. Im „Kölner Hof" tagte am Sonntag eine Vertreterversammlung des 7. Bezirks des **Märkischen Turngaues**, die zahlreich besucht war. Aus dem Jahresbericht ist besonders zu erwähnen, daß der Bezirk 3 neu gegründete Vereine zu verzeichnen hat und zwar die Turnvereine **Heggen, Wenden und Rhode**. Sodann schritt man zur Neuwahl der Bezirksleitung. Hierauf wurde der vom Gau vorgeschriebene Arbeitsplan für das Jahr 1924 besprochen, der zeigt, daß sehr viel Arbeit zu leisten ist. Von der Versammlung wurde folgendes beschlossen: Am 16. März einen Werbelauf in Attendorn abzuhalten. Anfang Juni finden in Olpe die volkstümlichen Meisterschaftskämpfe und Wettspiele und Mitte Juni das Jugendwetturnen statt. Für die zweite Hälfte des Monats Juli ist das Bezirksfest vorgesehen, ebenfalls wurde eine Herbstwanderung geplant.

(**) **Olpe**, 20. Febr. Heute haben wir eine **totale Mondfinsternis**. Der Mond wird um 5.35 Uhr schon vollkommen verfinstert erscheinen. Hoffentlich **ab**haben wir einen wolkenlosen Himmel, damit man etwas von dem Schauspiel am Firmament beobachten kann.

W Tagung des sauerländischen Zentrums.

Gestern Vormittag fand im großen Saale des katholischen Gesellenhauses in Meschede eine Versammlung der Vorsitzenden und Vertrauensleute der Zentrumspartei der Kreise Olpe, Meschede, Arnsberg und Brilon statt, die den Auftakt zu den Reichstagswahlen bildete. Trotz der großen Schwierigkeiten infolge der schlechten Zugverbindungen — mußten doch z. B. die Olper Vertreter schon frühmorgens 5 Uhr 26 von Olpe abfahren, um auf dem Umwege über Hagen erst kurz vor 11 Uhr in Meschede einzutreffen — wies die Versammlung einen bei derartigen Tagungen kaum gekannten Massenbesuch auf. Neben zahlreichen Geistlichen waren auch alle Stände aus dem weiten Bezirk vertreten. An Parlamentariern bemerkten wir u. a., die Abgeordneten Johannes **Becker, Baumhof, Gödde, Schulze-Gahmen und Schmelzer.** Die von dem Generalsekretär der westfälischen Zentrumspartei geleiteten Verhandlungen, die sich vom Vormittag nur durch eine kleine Pause zur Einnahme des Mittagessen, unterbrochen, bis in die späten Abendstunden hinzogen, erörterten durch eine Reihe tiefgehender Vorträge belebt, denen sich eine ernste und eingehende Diskussion anschloß, alle wichtigen politischen Fragen. Von den Parlamentariern wurden alle in der regen Aussprache sich ergebenden Anfragen in sachlichster Weise beantwortet. Durch die Klarstellung vieler vorgetragener Unklarheiten von berufener Seite traten die Verdienste dieser alterprobten Partei in das rechte Licht. Mancher vermeintlicher Grund zur Mißstimmung gegen die Partei, der durch nicht verstandene Maßnahmen oder durch Mißverständnisse hervorgerufen war, wurde ausgeräumt. Die von den Rednern entwickelten großen Gesichtspunkte, von denen die Partei in ihrer politischen Arbeit unter den ungeheuer schwierigen Verhältnissen geleitet war und die gar manchen sonst kaum erklärlichen Schritt, aber voll und ganz verstehen lassen, fanden die volle Zustimmung der ganzen Versammlung. Alle erkannten einmütig sowohl durch oft stürmischen Beifall als auch ausdrücklich in der Diskussion an, daß die große Linie der Zentrumspolitik, keine demagogische Agitationspolitik zum Stimmenfang der Wähler zu treiben, sondern nur echte vaterländische Realpolitik zum dauernden Besten des Volkes und des Vaterlandes in vollem Verantwortungsgefühl vor dem eigenen Gewissen, vor dem Herrgott, vor dem Volke und vor der Geschichte unter der Leitung christlicher Gesichtspunkte unbekümmert um die Gunst oder den Haß der Massen zu machen; die volle und ganze Zustimmung aller Anwesenden fand. Man erkannte auch allgemein an, daß eine solche offene und ehrliche Politik, dem deutschen Volke allein helfen könne, daß man bei ihr auch die schweren in unseren wirtschaftlichen Verhältnissen begründeten Opfer und Lasten, die zur Rettung des Vaterlandes von einem jeden unbedingt gefordert werden müßten, tragen müsse, da ohne dieselben der einzelne wie auch die Allgemeinheit dem vollständigen Untergange geweiht sei. Der ganze furchtbare Ernst unserer innen- und außenpolitischen sowie wirtschaftlichen Lage war das Fundament, auf dem sich die Verhandlungen mit rücksichtsloser Offenheit und Ehrlichkeit aufbauten, die zeigten, wie das Zentrum stets das Wohl des Volkes und Vaterlandes über alles, ja über seine eigene Existenz setzte, wie es getreu der Devise seines großen toten Führers Groeber handelte: „Wenn auch die Partei zu Grunde geht, wenn nur das Vaterland gerettet wird." Und diese Gesinnung, welche stets das Zentrum beherrscht hat, sie soll und wird bleiben, das bewies die Sprache der Referenten, die nicht auf Schönfärberei angelegt war, das bewies ausnahmslos die Aussprache, welche sich voll und ganz hinter diese Leitidee der Referenten stellte. Das zeigte der ganze Geist, der diese Versammlung beherrschte.

Wenn die in den ernsten Meschede Besprechungen klargelegten Tatsachen und Gedankengänge von den Vertrauensleuten hinaus in die Kreise unserer Wählermassen getragen werden, wenn die sehr nötige und wichtige Aufklärung über den Werdegang, den Zusammenhang und die Ursachen vieler Ereignisse und Gesetze, wie sie gestern ohne Hehl mit bewunderungswürdiger Offenheit gezeigt wurden, in das Volk hinausdringt, dann braucht uns um die Zukunft des Zentrumsturmes nicht bange sein, denn gehässige und verlogene Demagogie mancher Erzfeinde des Zentrums wird unser Volk nicht so umgarnen können, daß es die Wahrheit auf die Dauer übersieht. Das Zentrum aber kann die Wahrheit vertragen, denn es hat ein fleckenloses Schild. Seine ganze Arbeit ist eingestellt auf die Rettung des Volkes und Vaterlandes. Die dazu nötigen Opfer zu bringen, erscheint ihm als sittliche Pflicht. Wie schon so oft in der Vergangenheit es sich herausgestellt hat, daß der vom Zentrum beschrittene Opferweg der allein richtige Weg zum Heile unseres Volkes war, so wird auch die Geschichte die jetzige Politik des Zentrums rechtfertigen. Auch die, welche ihm zeitweilig den Rücken gekehrt und bei anderen Parteien Unterschlupf gesucht haben, werden zu ihm auf die Dauer zurückkehren.

Aus den vertraulichen Verhandlungen des Sauerländer Parteitages.

Im Anfange der Beratungen gab der stellvertretende Vorsitzende der Zentrumsfraktion des Reichstages

Abg. Becker

ein klares Bild der außenpolitischen Lage, die sich allmählich zu unseren Gunsten ändere, zeigte klar die Wirkungen des Frankensturzes und betonte, daß eine neue Ministerkrise sowie eine neue Inflation Deutschland dem vollständigen Ruin zutreibe. Mit rückhaltloser Offenheit und Ehrlichkeit behandelte er die Notverordnungen, den Beamtenabbau und die Steuerfragen sowie die unbedingte Notwendigkeit durch Steuern den Etat zu balanzieren. Scharf kennzeichnete er die unehrliche Agitation der Deutschnationalen und verurteilte energisch das falsche Verhalten der Sozialdemokratie in nationalen Fragen, das deutsche Volk waffenlos gemacht habe und zeichnete gegenüber dem falschen Begriffe der Demokraten und Sozialdemokraten von der Demokratie das wahre Bild der Demokratie, das jene in Deutschland in Mißkredit gebracht hätten. Gegen den in Deutschland üblichen weibischen Pacifismus, der uns würdeloses Benehmen anerziehen wolle, sprach er sich scharf aus und verurteilte es ebenso Machtpolitik treiben zu wollen als entwaffnete Macht, forderte aber, nicht den Gedanken der deutschen Wehrhaftigkeit im Volke zu zerstören, sondern in gesunden Bahnen den begrüßenswerten nationalen Geist in der Jugend zu pflegen. Reparationen müßten wir zahlen, das verlangten sogar die Neutralen. Das bedinge aber außerordentliche Sparsamkeit des Staates, jeder Gemeinschaft und des einzelnen. Die Gesundung der Finanzen erfordere mehr Steuern von einem jeden. Ohne eine Finanzgesundung aber sei kein Kredit vom Auslande, der uns unumgänglich notwendig sei zu erhalten. Dieser Kredit müsse der Landwirtschaft, dem Handel und Gewerbe billig zugeführt werden. Notwendig sei die Fortführung der Sozialpolitik im christlichen Geiste, die Stützung der Autorität von Kirche und Staat und der staatlichen Organe, die die Sozialdemokratie durch den Druck der Straße teilweise schon untergraben habe. Offene und ehrliche Politik müsse herrschen, keine Demagogie. Das Zentrum habe sich hierfür stets eingesetzt und sein Verhalten hierin, wie auch in der Schulfrage habe die Billigung der kirchlichen Autorität, der deutschen Bischöfe voll u. ganz erhalten. Er schloß mit der Bitte um Mitarbeit aller und energischer Stärkung und Unterstützung der Presse [illegible] von uns nur kurz skizzierte Gedankengänge, auf die wir noch ausführlicher zurückkommen werden. Mit diesen keineswegs schön gefärbten, sondern oft sehr bittere Wahrheiten für manchen enthaltenden Ausführungen erntete er gerade wegen dieser ungeschminkten Offenheit reichen Beifall.

Landtagsabgeordneter Schmelzer

referierte eingehend über die Grundsteuer, zeigte deren Mängel und wies nach, wie die Zentrumspartei sich für die Beseitigung dieser Mängel eingesetzt

Der ewige Kampf.

19) Roman von **Karlfriedrich Baberadt.**

Sie setzten sich auf die Bank vor dem Hause. Der kleine schwarze Hofspitz legte sich gähnend seinem Herrn zu Füßen. Jeder fühlte, daß der andere Wichtiges sagen oder verheimlichen wollte, aber keiner fand die ersten rechten Worte. Schließlich fragte der Bauer geradezu: „Was ist Wahres an dem, was die Leute von dir sagen, Heinz Potter?"

„Ich weiß nicht, was sie sagen — ich habe nichts davon gehört. Wenn sie aber sagen, daß sie selbst Schulte seien und Lügner, dann ist's wahr."

Bruckschen lachte grimmig. „Mag schon stimmen! Aber sie sagens umgekehrt: der Schuft und der Lügner wärest du!"

Potter zuckte die Achseln. „Das ist ihr altes Lied seit dem ersten Tag, daß ich hier bin, ich weiß. Das schert mich den Teufel. Aber wenn sie andere treten und schinden, dann laß ich meine Fäuste sprechen, das wissen sie."

„Du hast etwas mit der Lene aus dem „Krug" gehabt, Potter!" sagte Bruckschen, nachdem sie wieder eine Weile schweigend den Rauch aus ihren kurzen Pfeifen in die Luft gestoßen hatten.

„So dürfte mich keiner fragen, Bruckschen: „etwas gehabt! Ihr meint es nicht so, wie die anderen, ich weiß. Ja, die Lene wird Pächterin werden hier auf dem Tochterhof . . . meine Frau." Er sprang auf und reckte die Arme aus, als wolle er eine Kraft, die seinen Leib zu sprengen drohte, beiseite schieben. Dann trat er dicht vor den Bauern und hielt seinen Blick fest. „Meine Frau wird die Lene, ja, Bruckschenhöfer, und ich bin glücklich darüber."

Ein Juchzer, den er ausstieß, weckte den Spitz. Bellend richtete er sich auf, aber als er sah, daß keiner kam, seine Ruhe zu stören, legte er wieder sein den Kopf auf die Pfoten. Bruckschen fühlte, daß er in diesem Augenblick viel verloren hatte. Es war ihm zumute wie einem Kinde, das eine goldene Kugel zu haschen glaubt und sie immer wieder davonrollen sieht.

„Wo ist denn nun mein Trotz und mein Zorn?" dachteer, wo sind denn die harten Worte, die ich dem da sagen müßte! Ich werde alt — 's ist bald Zeit für mich." Schwerfällig erhob er sich und legte die Hand auf Potters Schulter. „Ich sollte dir böse sein, Potter, daß du mir dein Vertrauen nicht geschenkt hast. Du hast gewußt, was mein liebster Wunsch war: die Margret und du."

„Herr!" rief Potter bestürzt; so hatte er seinen Herrn noch nie gesehen! „Herr, ich will schlecht sein, wenn ich der Margret Hoffnung gemacht hab'."

„Nein, nein! Das ist's ja gewesen: gar keine Hoffnung hat das Mädel gehabt und hätte so gerne gewollt, wenn du . . ." Er machte eine abwehrende Handbewegung. Er sah wirklich gebrochen aus, der stolze Bruckschenhofbauer, in diesem Augenblick. Was da soeben mit wenigen kargen Worten zwischen den beiden Männern gesprochen worden war, hatte ihm eine Lebenshoffnung vernichtet und das trägt kein Mensch leicht.

„Herr, das ist das einzige, was mir weh tut in meinem Glück: daß ich Euch die Lieb' nicht antun kann. Aber das mit der Lene ist so stark in mir, und ist immer größer und fester geworden, daß ich mich selbst hätte totschlagen müssen, wenn ich's aus meinem Herzen hätte reißen wollen. Ach, die Lene hat nicht viel Freude davon gehabt!"

Bruckschen lächelte ein wenig, dann reichte er Potter die Hand. „Nun, so muß ich mich eben dareln schicken."

Potter begleitete ihn bis zum Hoftor. Sie sprachen nicht mehr zusammen, aber der Junge wußte, daß der Alte, der da jetzt von ihm ging, sein Freund bleiben werde, was da auch kommen mochte . . .

Der Weg zu seinem Hof war Bruckschen noch nie im Leben so beschwerlich und lang vorgekommen, wie in dieser Abendstunde. Zum ersten Male empfand er das Bedürfnis, sich auf einen Stock zu stützen, sobald ihm aber dieses Verlangen zum Bewußtsein kam, schüttelte er mit einem wehmütigen Lächeln den Kopf . . . Müde setzte er sich auf einen am Wege liegenden Baumstamm.

Was wird nun aus dem Hof werden? Der Amerikaner hätte ihn haben sollen als sein Eidamm, hätte ihn hochbringen sollen zum ersten Hof am Niederrhein . . . Aber das war ja vorbei. Und wenn die Margret noch einen tüchtigen Bauern heiraten wollte, dann müßte er ja auch zufrieden sein. Wenn nur der Hof bliebe! Der Bruckschenhof war das Wahrzeichen der Gegend, der mußte bleiben wie er ist: einsam, stolz, trotzig reich. Die Margret würde das Blut ihres Vaters nicht verleugnen, sie würde nicht zugeben, daß fremde Hände sich an ihrem Erbe vergriffen.

Eine würgende Angst umschlich den alten Mann. Bohrten sie nicht gerade nach Kohlen auf seinem Grund und Boden? Waren das die Nager, die seinen Besitz untergraben wollten? Plötzlich sah der Bauer klar, was er sich bis heute noch nicht hatte eingestehen wollen; das war der Kampf um die Herrschaft! Der Kampf, wer befehlen sollte: der Bauer oder die Maschine. Das war der erste Schritt, den der Todfeind der Gemeinde getan hatte, die Industrie, die schon so manchen ehrwürdigen Hof, so manches blühende Dorf verschlungen hatte. Und er, Bruckschen, er hatte ihm die Hand gereicht, damit der Feind diesen Schritt versuchen könnte! Wo hatte er nur seine Sinne gehabt, daß er gedacht hatte, aus der „Spielerei" könne niemals Ernst werden! Und wieder stieg es bitter in ihm auf: ja, ja, du wirst alt, Bruckschenhofbauer!

Ein Huschen und Haschen riß ihn aus seinem Grübeln. Mit einem hellen Lachen hüpfte Margret auf seinen Schoß. „Väterchen, ach, du bist so lange fortgeblieben! Ich mußte dir entgegenlaufen, ich . . . ich . . ." Sie konnte auf einmal nicht mehr weiterſprechen, als sie in die ernsten Augen des Vaters sah.

Langsam erhob sich der Bauer, seine Tochter hing sich in seinen Arm. Er bemerkte, daß sie ihr bestes Kleid anhatte und daß eine fremde Unruhe sie erfüllte. Er sah auch den Glanz in ihren Augen, aber alles in ihm sträubte sich dagegen, ihm die richtige Deutung zu geben. Hastig schritt er aus. „Geh nicht so rasch, Vater", bat das Mädchen, „wir haben doch Zeit, der Abend ist so schön". Sie schmiegte sich zärtlich an seinen Arm, aber die Liebkosung, mit der der Bauer sonst wohl die Anhänglichkeit seines Kindes belohnt hatte, blieb diesmal aus.

Die Dämmerung war völliger Dunkelheit gewichen. Aus dem Bett des Rheines quoll weißer Nebel in das Tal. Es war, als wenn unsichtbare Hände einen dichten Schleier über das Dorf zögen: ein Haus nach dem anderen verschwand, ein Wiesengrund nach dem anderen versank in dem geheimnisvollen Wogen und schon huschten die ersten dünnen Schwaden gespensterisch über den Weg zum Bruckschenhof. Jetzt widersprach das Mädchen nicht mehr, als der Vater schneller ging, sie kannte diese niederrheinischen Nebel zu gut und wußte, daß man auch von dem sichersten Weg abirren konnte, wenn die Nebelfrau ihre Schleier gar zu dicht wallen ließ. Und schon breitete sich rings um sie ein undurchdringliches feuchtes graues Meer aus . . .

„Hoiho! Hoiho!" rief da einer im Nebel. Bruckschen blieb stehen, um zu lauschen, woher der Ruf käme.

„Hoiho! Hoiho!" Das schien auf dem Weg zu sein, der zu dem Teich am Tochterhof führte.

„Hallo! Hier!!" kam die Antwort. „Verirrt . . . verirrt."

„Das ist der Ingenieur!" rief Margret plötzlich und mit aller Kraft durchdrang sie die finstere Mauer: „Hallo! hierher! Hoiho!"

Bruckschen schüttelte den Kopf. Wie sollte er dem Verirrten klar machen, wo er zu gehen habe, um auf die richtige Straße zu kommen? Am besten wär's wohl, rasch zum Hof zu eilen und Knechte mit Laternen auszuschicken. Aber Margret wollte davon nichts wissen. „Wir müssen zu ihm, er verunglückt sonst. Er ertrinkt in dem Weiher. Mein Gott, Vater komm doch. Hilf ihm doch. Hilf ihm doch, du kannst den Weg schon finden." Dazwischen rief sie: „Hallo!" und „Hoiho!"

„Es ist Torheit, Kind, wenn wir bei diesem Nebel ohne Laterne den Weg suchen. Ich rief ihm zu, er solle stehen bleiben, dann finden ihn die Leute ohne Mühe."

(Fortsetzung folgt.)

hat. Dann wandte er sich der Agrarkrise zu, die er ausgiebig behandelte. Er beschäftigte sich dann mit der Landgemeindeordnung und den neuen Steuergesetzen. Er forderte Beseitigung der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen ganz entschieden und warnte davor, die Landwirtschaft, die jetzt noch eine Stütze des Staates sei, zu ruinieren und den Staat dadurch selbst zu [illegible].

Abgeordneter Baumhoff

referierte über den mit ungeheuren Härten verbundenen **Beamtenabbau**, zeigte wie er notwendig aus dem Finanzelend des Staates erwachsen sei, wies warnend auf die **besondere Gefahr für katholische Beamte hin**, da der alte kirchenfeindliche Geist sich mehr denn je bemerkbar mache. Er konnte aber auch feststellen, daß das Zentrum für Abstellung der hierbei zum Vorschein gekommenen Mängel energisch eingetreten ist. Ausführlich behandelte er auch noch den **Abbau der Beamtengehälter** um 50 Prozent, der nur vorübergehend sein könne. **Am 1. April würde eine Erhöhung der Gehälter und der Kinderzulagen, die nicht gestrichen würden,** stattfinden.

Auch dies sehr eingehende klar gefaßte Referat, auf das wir wegen seiner Allgemeinbedeutung noch ausführlicher zurückkommen werden, erntete starken Beifall. Dann trat man in die Mittagspause ein.

Nach Wiederbeginn der Versammlung setzte im Anschluß an ein Referat des Rektors **Hötte-Meschede** über Organisationsfrage, nach den sehr interessanten Referaten der Kreisparteivorsitzenden von Arnsberg, Brilon, Meschede und Olpe eine lebhafte Debatte über die verschiedensten politischen Fragen ein, bei der neben Generalsekretär Brand die Abgeordneten sich zahlreich beteiligten, und durch klare und tiefgehende Beantwortung der einzelnen Fragen sehr viel Aufklärung schaffte. Die Debatte dauerte noch in den späten Abendstunden an.

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe.

(**) **Olpe**, 20. Febr. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Hauptversammlung der **Gemeinnützigen Baugenossenschaft** am Sonntag, dem 24. Februar, nachmittags 2einhalb Uhr in **Finnentrop** im Gasthof Biggemann stattfindet.

(**) **Olpe**, 20. Febr. An der Landstraße von Olpe nach Lütringhausen hat man eine ganze Reihe von **Eschen** umgelegt, wodurch das Straßenbild nicht gerade an Reiz gewonnen hat. Den schönen Schatten unter den alten, hohen, weitverzweigten Bäumen werden die Spaziergänger dort in Zukunft leider vermissen müssen. Hoffentlich ist die maßgebende Stelle einsichtig genug und vergißt im Frühjahr nicht, neue Bäume an den kahlen Stellen anzupflanzen.

00 **Olpe**, 20. Febr. **(Um die Polizeistunde.)** Es geht neuerdings das Gerücht um, daß die Polizeistunde vom 1. März ab auf 12 bezw. 1 Uhr an Samstagen und Sonntagen verlängert sei. Tatsache ist, daß am 23. Februar der Provinzialrat zusammentritt, um über eine **Umänderung der diesbezüglichen Polizeiverordnung** zu beraten. Es ist möglich, daß dieser so beschließt, zumal der Oberpräsident selbst mit Rücksicht darauf, daß die Spannung nachgelassen hat, unter deren Druck damals die Verordnung erlassen wurde, eine Milderung der Polizeistundenverordnung vorschlagen wird.

* **Attendorn**, 20. Febr. Die im vergangenen Herbst niedergebrannte staatliche **Domäne Ewig** wird im kommenden Frühjahr **wiederaufgebaut** werden. Um die heimatlichen Altertümer zu schützen, soll der Neubau unter Benutzung der teilweise stehengebliebenen Umfassungsmauern wieder errichtet werden. Früher war die staatliche Domäne Ewig ein katholisches **Kloster**. Der Brandstifter ist bis heute noch nicht ermittelt worden.

)(**Heggen**, 20. Febr. Die Universität Frankfurt verlieh dem Gottfried **Rademacher** von hier auf Grund seiner Dissertation: **„Die wirtschaftliche Entwicklung der Landwirtschaft im Kreise Olpe"** (ein **Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte des Sauerlandes**) die Würde eines **Doktors der Staatswissenschaften**.

:!: **Hagener Schauspielhaus.** Pfitzners „Der arme Heinrich", der heute zum letzten Mal aufgeführt wird, gilt als eine der besten Leistungen der Oper in dieser Spielzeit, so daß man den Besuch der Vorstellung nur empfehlen kann. Die Besetzung der heutigen Wiederholung ist die der Erst-Aufführung (Frau Börgmann-Hoern, Frl. Hallama und die Herren Engelhard, Tornau und Scheffel). Es sei nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß nur eine begrenzte Anzahl Karten zur Verfügung steht, die bei dem regen Interesse für die Vorstellung schnell vergriffen sein dürfte. Jutta von Collande, die sehr bekannte und ebenso geschätzte Tänzerin, die morgen im Schauspielhaus mit ihrem Ensemble einen einmaligen Tanzabend gibt, wird überall von der Presse als hervorragende Tänzerin kritisiert. Das äußerst geschickt zusammengesetzte Programm ist sehr abwechselungsreich. Die Mitwirkenden, Jutta von Collande, der Tänzer Sigurt Leter und die Tänzerin Grete Jung und Elsa Kahl werden von dem jungen talentvollen Hamburger Kapellmeister Willi Hammer musikalisch unterstützt, so daß jeder Besucher einen genußreichen Abend erwarten darf. Karten sind an der Theaterkasse zu haben.

Heute abend 8 Uhr ist im Schauspielhaus das einzigste Gastspiel der „Münchener Tanzgruppe". Solo- und Gruppentänze, sowie Tanzszenen werden in höchster Vollendung dargeboten. Niemand sollte versäumen, sich dieses Ensemble, das überall auf das Lebhafteste gefeiert wurde, anzusehen. — Morgen ist eine Wiederholung des auch hier mit größter Heiterkeit aufgenommenen Schwankes „Der keusche Lebemann". Die überwältigende Situationskomik, die durch das Komikerpaar Hanschmann-Baumhoff heraufbeschworen wird, reizt die Lachmuskeln eines jeden Besuchers.

Briefe an das S. V.

(Für Artikel unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Wenden, 20. Febr. Die Vorsorge der Postverwaltung — ob Olpe, Dortmund oder Berlin ist noch geheim — bringt es fertig, daß wir hier seit dem 13. ds. Mts. die Post ganze 24 Stunden später bekommen, als irgendwo im Kreise, vielleicht auch im ganzen Vaterlande. — Kürzlich hat man überlegt, welchen Zwecken dieses wohl dienen sollte. Die Ansichten waren geteilt. Man kam sogar auf den Gedanken, daß die Einrichtung von der Post deshalb getroffen sei, um dem Wendischen die Vorteile der Funkentelegraphie vor Augen zu führen, und sie zu veranlassen Ferntelegraphen-Apparate zu beschaffen. Wenn das tatsächlich die Meinung der Postverwaltung ist, so ist sie hier auf verkehrten Boden geraten. Es mag ja wohl angenehm sein, die Reden welche in Berlin gehalten werden, und die Börsenkurse beim Glase Bier zu erfahren, aber daß die Wirte aus eigener Entschließung die Gelder aufbringen für derartige Anlagen, wird bezweifelt.

Die ganze Bevölkerung ist darüber entrüstet, daß man Gemeinden mit 6000 Einwohnern so vom Verkehr abschneidet, daß **sie Briefe, Zeitungen usw. ganze 24 Stunden später erhalten, als im übrigen Vaterlande.** Man wird ja die Schuld vielleicht der Eisenbahn-Verwaltung zuschieben, aber daß die Postverwaltung sich schließlich doch damit zufrieden gegeben hat, hätte hier niemand für möglich gehalten, und deshalb ist auch die Post schließlich allein Schuld, wenn man uns vom Verkehr abschneidet.

Einige frühere Zeitungsleser.

Wirtschaftsteil.

Die Aufwertung der öffentlichen Anleihen

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter unserer Zeitung wird uns aus Berlin geschrieben:

Das grundlegende und für eine spätere Entwicklung geradezu ausschlaggebende Moment bei der jetzigen, die sogenannte **Aufwertung** „regelnden" dritten Steuernotverordnung ist die offizielle Feststellung der Reichsregierung, daß ein deutscher **Staatsbankerott unter keinen Umständen in Rede stehen darf.** Ganz im Gegenteil ist die prinzipielle und tatsächliche Anerkennung der öffentlichen Schulden ernst ist mit dem Wiederaufbau der Staatswirtschaft, der doch nur gelingen kann, wenn auch die den ein Beweis dafür, daß es der Reichsregierung Gläubiger des Reiches und der Länder in ihren Rechten und Ansprüchen nicht ausgeschaltet werden. Wenn auch die Aufwertungsquote mit 15 Prozent noch eine sehr geringfügige ist, so entspricht das im allgemeinen dem gegenwärtigen Verarmungszustand in Deutschland, der mit 85 Prozent angenommen wird. Keiner hat nach dem Verlust des Krieges das Recht, besser, bequemer und üppiger zu leben als vor dem Kriege, wir alle müssen eine bestimmte Verminderung unseres Besitzes wie überhaupt unserer Ansprüche an die Lebenshaltung in Kauf nehmen.

Und ein zweites ist vorweg zu sagen: die jetzt erfolgte rein schematische Regelung der Aufwertung in Höhe von 15 Prozent stellt ja **keineswegs eine für alle Zeiten endgültig geltende Quote dar.** Sie bedeutet lediglich einen Anfang der von allergrößter Bedeutung ist, weil er schon einmal das **Anerkenntnis des Reiches** bringt, und es ist ganz selbstverständlich, daß bei einer Besserung der Wirtschaftslage diese Quote nach und nach erhöht wird.

Was zunächst die **Hypotheken** und die anderen **dringlichen Forderungen** angeht, so erfahren sie eine 15prozentige Aufwertung, über die nicht hinausgegangen werden kann, während allerdings unter Berücksichtigung der besonderens Verhältnisse des Schuldners in einzelnen Ausnahmefällen eine verringerte Quote in Frage kommen kann. Die Verzinsung läuft vom Jahre 1925 mit 2 Goldprozent, die Fälligkeit ist hinausgeschoben bis zum Jahre 1932. Es hat serhr schwere Kämpfe gekostet, um den von der Regierung ursprünglich festgelegten Aufwertungssatz von 10 Prozent auf 15 Prozent zu erhöhen, da die Wirtschaft erklärt hat, daß im allgemeinen ein Satz von 15 Prozent kaum tragbar erscheint. Lediglich die Hinausschiebung der Fälligkeit bis zum Jahre 1932.

Man hat die Bedenken in etwa zu überwinden vermocht.

Gleichzeitig ist eine sehr wichtige Erleichterung für die **Steuerbilanz** eingetreten ist, und zwar, daß für das Jahr 1924 Forderungen und Schulden für null und nichtig eingesetzt werden, sodaß sie für Vermögensteuer unberücksichtigt bleiben. Das geschieht in der Weise, daß diese Posten in Papiermark eingesetzt werden können, mit allen Folgen, die sich daraus ergeben.

Bei den **Sparkassenguthaben, den Lebensversicherungsansprüchen und den Pfandbriefen** wird wirtschaftlich gesehen, ein **Sonderkonkurs** festgestellt. Das geschieht dadurch, daß das gesamte aus der Aufwertung kommende Vermögen in eine einzige Kasse fließt und daß aus ihr die Schuldner gleichmäßig berücksichtigt werden.

Bei diesen Papieren plante man zuerst einen Unterschied zwischen mündelsicheren Pfandbriefen, sowie zwischen Pfandbriefen die eine bestimmte Zeit in Besitz der Betreffenden waren, und andern die erst sehr kurze Zeit erworben waren. Man glaubte auf diesem Wege diejenigen Pfandbriefe die zu Spekulationszwecken erworben seien ausschalten zu können.

Es hat sich aber doch herausgestellt, daß dieses Verfahren nicht durchführbar wäre. Dem zur Kontrolle notwendigen Apparat wäre es umständlich, daß sich die aufgewandten Mühen kaum durch das zu erwartende Ergebnis rechtfertigen ließen.

Bei den

Sparkassenguthaben

sind diejenigen die auf Grund gesetzlicher Vorschriften angelegt wurden, bevorrechtet. Alle übrigen Guthaben werden gleichmäßig behandelt, auch hier ist die Höchstquote der Aufwertung 15 Prozent. Den Landesregierungen bleibt es **vorbehalten, die nötigen Bestimmungen über die Verteilungskassen selbstständig zu treffen. Das ist eine sehr richtige Bestimmung,** die aber notwendig war, weil die Verhältnisse überall verschieden sind und weil einer derartigen unmittelbaren Erledigung durch die Landesregierungen die direkte Beordnung der Dinge eher möglich ist als anderwärts. Es ist weiter aber auch vorgesehen, daß, sofern es die Verhältnisse geboten erscheinen lassen, einzelne Sparkassen besondere Zuschüsse zu leisten haben. Es gibt eine ganze [illegible] die durch die [illegible]wertung der letzten Jahre imstande waren, große Erwerbungen und Anschaffungen zu machen, ganz neue Bauten zu tätigen und dergleichen. Es wäre eine Unbilligkeit, wenn solchen Kassen der Vorteil der Aufwertung in demselben Masse wie den übrigen teilhaftig würde.

Was

die Lebensversicherungs-Gesellschaften

wiesenen Beträge, nach Abzug der Verwaltungskosten zu gunsten der Versicherten errechnen. Die Verteilung erfolgt nach einem von den Behörden zu bestimmenden Plan. Das gilt auch für die anderen Versicherungskassen, wie Renten-Altersversicherungen und dergleichen.

Von der größten Bedeutung ist die Bestimmung, daß der **Schuldner die Herabsetzung der Aufwertung verlangen kann, wenn sie nach allgemeiner Unbilligkeit darstellen würde.**

Das genannte Verfahren wird auf dem Wege der einstweiligen Gerichtsbarkeit geregelt. Dabei werden auch alle die Prozesse zur Durchführung gebracht, bei denen es sich um einen Streit über die Aufwertung handelt. Derlei Prozesse gehen heute schon in die tausende. Das Verfahren wird an Aufwertungsstellen überwiesen, die von der Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats bestimmt werden. Die Einstellung des Reichsrats ist erforderlich, weil die Verhältnisse sehr verschieden sind. Als Aufwertungsstellen werden Gerichte anderer Behörden, auch Notare und dergleichen in Frage kommen. Trotz alledem wird es noch hunderte von Streitfragen geben. In den Ausführungsbestimmungen wird man versuchen, manches davon noch zu regeln. Im übrigen wird eine besondere Gebühren-Regelung wohl geeignet sein, einen kleinen, sanften Druck dahingehend auszuüben, sich vor den Schießstellen zu einigen. Was speziell die öffentlichen Anleihen angeht, so ruht die Verzinsung und Einlösung von Anleihen des Reiches und der Länder, die vor dem Inkrafttreten der Verordnung aufgenommen sind und auf Reichsmark lauten, bis zur Erledigung **sämtlicher Reparationsverpflichtungen.** Bis dahin kann also eine Verzinsung und Einlösung nicht verlangt werden. Das gleiche gilt auch für die Gemeinden und Gemeinde-Verbände, soweit nicht durch Reichsgesetz etwas anderes bestimmt wird. In einzelnen Fällen kann die Landesbehörde andere Vorkehrungen treffen. Das ist deshalb notwendig, weil eigene Gemeinden über eigenen Besitz, über werdende Anlagen und sonstigen Besitz verfügen, die ihnen die Abtragung ihrer Anleiheverpflichtungen möglich macht. Für die Anleihen des Reiches und der Länder bleibt es bei dem großen Moratorium bis zur Reparationsregelung.

Reichsverhandlungen über Handelsverträge.

Von unserem Berliner Vertreter.

Der Abschluß des für die deutsche Wirtschaft durchweg günstigen deutsch-amerikanischen Handelsvertrages eröffnet eine Betätigung, die unserer Politik und Wirtschaft seit Kriegsbeginn fast vollständig verschlossen war. Dieser deutsch-amerikanische Handelsvertrag eröffnet eine Aera neuer Handelsverträge.

Die Reichsregierung ist inzwischen auch schon in Verhandlungen mit anderen Mächten eingetreten, zum Teil sind solche Verhandlungen angebahnt, die den Zweck haben, zu gegenseitigen wirtschaftlichen und Handelsabkommen zu gelangen. Die Aussichten für alle diese Verhandlungen stehen nicht ungünstig, sie sind aber alle an die Aufrechterhaltung der Währung geknüpft und an die Regelung der äußeren Verpflichtungen des Reiches.

Im Zusammenhange damit stehen auch die Vorerörterungen über die Beschaffung eines neuen deutschen Zolltarifes. Die letzte Entwicklung in Deutschland, die zu einer förmlichen Agrarkrise geführt hat, lieferte den Beweis dafür, daß die sogen. freie Wirtschaft ihre bedenklichsten Seiten hat. Wir müssen zu einem Schutz der eigenen Produkte des Landes übergehen, wenn wir nicht in ganz kurzer Zeit vor der schwersten Ernährungskatastrophe stehen wollen. Es handelt sich vielmehr darum, die berechtigten Forderungen nach dem Schutz inländischer Erzeugnisse in Einklang zu bringen mit den Notwendigkeiten unserer Industrie, Absatz im Auslande zu verschaffen, um auf diese Weise wieder in **den Besitz ausländischer Devisen zu kommen, die den** Rückhalt für unsere Währungsgesundung bilden müssen.

Kredite für die Landwirtschaft.

Aus landwirtschaftlichen Kreisen wird uns aus Berlin geschrieben:

Es ist in allen wirtschaftlichen und auch bei der Mehrheit der politischen Kreise eine unbestrittene Tatsache, daß unter den Wirtschaftsgruppen die Landwirtschaft ganz besonders schmerzlich unter der gegenwärtigen **Kreditnot** leidet. Die Dinge sind so schlimm, daß für die Ernährungsversorgung der **Bevölkerung im kommenden Erntejahr die stärksten Bedenken gerechtfertigt sind.** Die Reichsregierung hat inzwischen **weitreichende Verhandlungen** über die Beschaffung von Kreditmitteln für die Landwirtschaft gepflogen, **die auch Aussicht darauf** bietet, daß wenigstens den schlimmsten Notständen abgeholfen werden kann. Die Verhandlungen mit dem Kalisyndikat wegen Stundung der Schuldsumme sind bereits abgeschlossen. Gegenwärtig werden bezügliche Erörterungen mit dem Stickstoffsyndikat geführt. Das Wichtigste auch für die Landwirtschaft ist das Gelingen des Planes der Reichsregierung auf Schaffung einer **Goldnotenbank**, durch die mittels ausländischer Kapitalien der heimischen Wirtschaft und vor allem auch der Landwirtschaft die nötigen Betriebskapitalien zugeführt werden können. Die Landwirtschaft hat mit das allergrößte Interesse daran, **daß die Währung in ihrer jetzigen Stabilität erhalten wird, und das ist allerdings nur möglich, wenn die Umlaufsmittel des Inlandes nicht** über dasjenige Maß hinaus angespannt werden, das jetzt für sie besteht.

Neue Kreditbedingungen in Rheinland-Westfalen.

Die Vereinigung von Banken und Bankier in Rheinland und Westfalen hat beschlossen, mit Wirkung vom 15. Februar 1924 an wertgesicherte Rentenmark- und wertgesicherte Papiermarkkredite mindestens zu folgenden Bedingungen zu gewähren: Sollzinsen 2 Prozent über Reichsbanklombardsatz, zurzeit 14 Prozent jährlich, Kreditprovision einhalb Prozent für jeden Zeitmonat. Sollte der Kredit nicht länger als sieben Tage gefordert oder zugesagt werden, so wird die Kreditprovision auf die Hälfte ermäßigt. Wertgesicherte Rentenmark- und wertgesicherte Papiermarkkredite werden höchstens für einen Monat fest gewährt. Etwa eintretende Entwertung der Rentenmark bezw. Papiermark geht voll zu Lasten des Kreditnehmers. Der gewährte Betrag wird auf einem besonderen Konto, welches keine weiteren Umsätze aufweisen darf, belastet und auf gebührenpflichtiges laufendes Konto, auf welchem die laufenden Umsätze verbucht werden und welches nicht überzogen werden darf, übertragen. Sollten auf dem laufenden Konto trotzdem Ueberziehungen vorkommen, so wird hierfür neben den Sollzinsen von 2 Prozent über Reichsbanklombardsatz eine Ueberziehungsprovision von 1 v. T. pro Tag berechnet. Die Kreditprovision wird dem laufenden Konto im voraus für einen Monat bezw. bei Kreditzusage auf kürzeren Termin für die Dauer der Kerditeinräumung belastet. Desgleichen werden die Sollzinsen, sobald sie fällig sind, d. h. nach Ablauf der Kreditperiode, auf diesem Konto verbucht.

Gegen die Unterbietung der Kohlenpreise.

WTB **Essen**, 19. Febr.

Die Vereinigung zur Verteilung von Ruhrkohle besprach gestern in einer Mitgliederversammlung die Marktlage und die Verhältnisse, wie sie durch Preisunterbietungen einzelner Zechen sich herausgebildet haben. Die durch die Syndikatsverträge vorgesehenen Strafen sollen strikt angewandt werden, falls die Preisunterbietungen seitens einzelner Zechen nicht aufhören. Die bisherigen Preise für Ruhrkohle bleiben weiterhin bestehen.

Erste Kölner Messe.

WTB **Köln**, 19. Febr. (Drahtb.)

Der Verwaltungsrat der Kölner Messe hat in seiner heutigen unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Adenauer abgehaltenen Sitzung beschlossen, die erste **internationale Kölner Messe in der Woche vom 11.—17. 5. 1924 zu veranstalten.** Maßgebend für diesen Beschluß waren die in jüngster Zeit wesentlich gebesserten Verkehrsverhältnisse im besetzten Gebiet und das Ergebnis einer Rundfrage bei den Ausstellern der Kölner Messe, die sich zu neunzehntel für die Abhaltung der Kölner Messe in diesem Frühjahr ausgesprochen haben.

Zur Eröffnung der 1. Ostmesse.

WTB **Königsberg**, 19. Febr. (Drahtb.)

Das Messeamt hat gestern abend ihre Gäste und Vertreter der Presse zu einem Abendessen geladen. Oberbürgermeister Dr. Lohmeier gab nach herzlicher Begrüßung den Erschienenen einen Ueberblick über die Entwicklung der ostdeutschen Messe. Der russische Konsul in Königsberg und die auswärtigen Pressevertreter gaben alle Glückwünsche über die ostdeutsche Messe zum Ausdruck.

Weiterer Sturz des französischen Franken.

Die **Mark** hat sich im Ausland **weiter** um eine Kleinigkeit **gefestigt, während der französische Franken einen weiteren erheblichen Rückgang erfuhr. In London wurden 99,75 Franken für ein Pfund notiert. Damit hat der Franken die Hundert-Grenze erreicht. Es ist der bisher tiefste Stand des Franken.**

Dortmunder Schlachtviehmarkt.

Dortmund, 19. Febr. Zum gestrigen Schlachtviehmarkt waren aufgetrieben 351 Stück Großvieh, 453 Kälber, 80 Schafe, 1526 Schweine. **Bezahlt** wurden für 100 Pfund Lebendgewicht: **Ochsen** b) 45—50, c) 37—45, b) 30—37; **Bullen** a) 40—45, b) 53—45, c) 25—33; Färsen und **Kühe** a) 51—54, b) 50—52, c) 44—50, b) 34—44, e) 20—34; **Kälber** b) 66—70, c) 60—66, b) 50—60, c) 30—50; **Weidemastschafe** a) 44—48, b) 30—44; **Schweine** a) 70, Großhandel langsam, sonst gut.

Elberfelder Schlachtviehmarkt.

WTB **Elberfeld**, 19. Febr. **Bericht der amtlichen** Notierungskommission vom 18. Februar 1924:

Auftrieb 858 Stück Großvieh, davon 269 Ochsen, 169 Bullen, 371 Färsen und Kühe, 49 Fresser, 1737 Schweine, 501 Kälber, 115 Schafe.

Preise für 50 Kg. Lebendgewicht: 1. Rinder: A Ochsen, a 45 bis 48, b. 40 bis 43, c. 34 bis 36, d. 25 bis 30. B. Bullen a. 38 bis 40, b. 30 bis 35, c. 20 bis 25. C. Färsen und Kühe a. 45 bis 48, b. 40 bis 43, c. 30 bis 33, d. 20 bis 25, e. 10 bis 18. D. Jungvieh, 20 bis 30.

2. **Kälber**: a. gestrichen, b. 65 bis 70, c. 58 bis 62, d. 48 bis 54, e. 30 bis 40.

3. **Schafe**: A. Weideschafe, a. 30 bis 40. b. 20 bis 25.

4. **Schweine**: a. 60 bis 62, b. 63 bis 65, c. 67 bis betrifft, so werden **Treuhänder bestellt, die die über-69. d. gestrichen e. 45 bis 55, f. gestrichen.**

WTB **Heidelberg**, 20. Febr. Kürzlich hat hier eine Frau nach vorausgegangenem Wortwechsel einer Frau von auswärts aus Eifersucht **Salzsäure ins Gesicht** und über die Kleider geschüttet. Durch dieses Vorgehen erlitt die Frau erhebliche Brandwunden, sodaß sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Druck und Verlag:
Verlagsanstalt J. T. Ruegenberg, Olpe
verantwortlich für die **Gesamtredaktion: Dr. phil. Albert Wand** in Olpe; für die **Berliner Redaktion: Dr. Krauß** in Berlin-Schöneberg.

Spielvereinigung Olpe.

Am Sonntag, den 24., nachmittags 5 Uhr, Dienstag, den 26., und Mittwoch, den 27. Februar, abends ½8 Uhr,

findet im Saale des Hotels „Zum Schwanen"

die Aufführung des Ritterschauspiels

„Der Kerkermeister von Kuhnfels"

in 5 Aufzügen von Heinrich Houben

statt. — Die Pausen werden ausgefüllt durch musikalische Unterhaltung.

Karten im Vorverkauf bei Ernst Bock, Westfälische Straße, und an der Abendkasse.

Der Reinertrag ist für Zwecke der Jugendpflege bestimmt.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein (†j469)

der Vorstand.

Wir haben für den Bezirk Arnsberg, Waldeck, Düsseldorf und Cöln den General-Vertrieb der

Radio-Empfangsapparate

der Radio-Gesellschaft Behm & Co., Berlin,

übernommen und suchen geeignete

Bezirks-Vertreter.

Die Apparate sind die leistungsfähigsten, modernsten und geschmackvollsten ihrer Art, gebaut in eigener Fabrik unter Benutzung sämtlicher Patente der Telefunken-Gesellschaft für drahtlose Telegraphie.

Kapitalkräftige Interessenten, die auch möglichst über Ausstellungslokale oder Läden verfügen, wollen sich zwecks näherer Auskunft an uns wenden (†j460)

Radio-Vertriebs-Gesellschaft m. b. H., Siewers & Co.,
Dortmund, Schliepstrasse 4, Fernruf 3717.

Achtung! Billig! Achtung!

Komme Donnerstag auf den Marktplatz in Olpe mit einer Waggonladung

Rotkohl, Weißkohl, Wirsing u. Blumenkohl, extra süße Apfelsinen, 12 u. 15 Stück 1 Mark, prima Eß-, Koch- und Backäpfel, 5 Pfd. 2 Mark, Roheß-Bücklinge, Pfd. 50 Pfg., Ia. Holländer Käse, pr. Lagerzwiebel, 4 Pfd 1 Mark, süße Feigen, 2 Pfd. 1 Mark.

Alles andere billig. (†j471)

August Wegener aus Elberfeld.

Petkuser Gelbhafer, Ammoniak-Superphosphat, Kalisalz

vorrätig am Lager Grevenbrück.

Schulte & Hellekes,
Grevenbrück (Westf.)

Die unterzeichneten Sparkassen nehmen

wertbeständige

Spareinlagen

zu den zeitgemäss höchsten Zinsen an.

Stadtsparkasse Attendorn.
Stadtsparkasse Olpe.
Amtssparkasse Attendorn.
Amtssparkasse Bilstein.
Amtssparkasse Drolshagen.
(†j436) Amtssparkasse Kirchhundem.

Elektromotoren.

Erstklassige Verbandsfabrikate 1—10 PS 220—380 V. 1000 und 1450 Tour. einschl. allem vorschriftsmäßigen Zubehör sind noch zu äußerst billigen Preisen sofort ab Lager zu haben. Auch alle anderen landwirtsch. Maschinen, Kreissägen usw. ebenfalls billigst in Ia. Qualität. Anfragen erbittet

H. Haardt, Inst.,
Niedersetzen b. Geisweid

Schauspielhaus Hagen.

Spielplan.

Mittwoch, 20. Februar, Tanzabend, Jutta von Collande, 8 Uhr.
Donnerstag, 21. Febr., „Der keusche Lebemann", 7½ Uhr.
Freitag, 22. Februar, Miete A, „Fidelio", 7½ Uhr.
Samstag, 23. Februar, „Katja, die Tänzerin", 7½ Uhr.

Liga zum Schutze der deutschen Kultur.

Heute abend 8½ Uhr im Saale des kath. Vereinshauses in Olpe

öffentlicher Vortrag:

Heinrich Distler über

„Das Liebeswerk Deutsch-Oesterreichs"

mit Lichtbildern. Eintritt frei. (†j465)

Fichtenstangen!

Spitzenknüppel, 125 × 5/8 cm ⌀ dauernd gegen Kassa zu kaufen gesucht. w111

H. u. A. Hauses, Holzgeschäft,
Rüsperwerk b. Oberhundem i. W.

„ZÜNDAPP"



DAS MOTORRAD FÜR JEDERMANN

Generalvertretung:

Gebr. Nies, Olpe i. W.

— Telefon 60. —

Gebild. bessere Bürgerstochter (24 Jahre) sucht zu bald Stelle als

Lehrköchin

in gut kath., besserem Hause, bei vollstem Familienanschluß und liebevoller Behandlung. Selbige wünscht gründliche Erlernung der Küche sowie in allen Zweigen des Haushalts unter persönlicher Leitung einer tüchtigen Hausfrau.

Offerten unter H 100 an die (†j463

Dülmener Zeitung, Dülmen i. W.

Unsere Vertretung ist frei!

Carl Wittenborg.
Grossbrennereien,
Fabrik feiner Edellikör,
Herford (Stammhaus).

Auswärtige Betriebe und Niederlassungen:
Steinhagen i. W., Essen-Ruhr, Berlin, Erfurt.
Spezialitäten: Echter Steinhäger, Weinbrand, Alte Burgkeller-Reserve, Bitterorange, der moderne Likör [†j464

Erhielt einen großen Transport frisch importierter



junger Russen-

sowie mittlere und schwere

Arbeits- und Wagenpferde.

Heinrich Polachowsky, Hüsten
(†j482) Telefon: Neheim Nr. 19.

Platina, Gold u. Silber.

Alle Gegenstände aus diesen Metallen, wenn auch zerbrochen oder beschädigt, kauft zum höchsten Tageskurs

Otto Scherer, Attendorn,
752) Wasserstr. 10.

Künstler-Monographien

kaufen Sie in der

Ruegenberg'schen Buchhandlung,
Olpe, Bahnhofstraße.



Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute vormittag 4 Uhr unsere liebe Tochter, Schwester und Schwägerin

Maria Langemann

im jugendlichen Alter von 22 Jahren, nach schwerem, geduldig ertragenem Leiden, gestärkt mit den Heilsmitteln der Kirche, zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Um stille Teilnahme bitten

namens der trauernden Hinterbliebenen:
Franz Langemann und Frau
Antonie geb. Ruegenberg.

Olpe, den 19. Februar 1924.

Die Beerdigung findet Samstag morgen um 7¼ Uhr nach vorausgegangenem Seelenamte statt.
Am Mittwoch, Donnerstag und Freitag wird in der Waisenhauskapelle gebetet

---

Blühende

Schnittblumen

wie: Flieder, Narzissen, Margarithen u. Veilchen
Herm. Degenhard, Olpe
Telefon 137. †j473

Günstiges Angebot

in Bettfedern!

	Goldmk.
Graue Federn Pfd.	1,80
„ „ „	2,70
Halbweiße Halbdaune „	3,65
Weiße Halbdaune „	4,75
Weiße Halbdaune „	5,50
Weiße Halbdaune „	8,90
Weiße Daunen „	12,80

Bettbarchent, prima

160	80	cm breit
5,50	2,75	Mark

Karl Hammer,
Attendorn, Telefon 131.

Heuaufzüge

mit selbsttätiger Entleerung

Schüttelsiebe

für Dreschmaschinen, liefern und bauen ein

Gebr. Kremer
Maschinenfabrik,
Kickenbach w130
b. Altenhundem
Tel. 98 Amt Kirchhund

Reine

Wollgarnsocken

liefert am billigsten
Strickerei Hecker-Steins,
Heinsberg/W. Preisefrei

Junger Kaufmann sucht zu sofort gut

möbl. Zimmer

eventuell mit Pension in gutem Hause.
Gefl. Angebote unter Nr. †j472.

Guterhaltene

Centrifuge,

für 2 Kühe passend, zu verkaufen.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes. (†j468

Windthorstbund Ortsgruppe Olpe.

Heute, Mittwoch, abend 8½ Uhr. Vollzähliges Erscheinen erwünscht.



Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, gestern nachmittag 3½ Uhr unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante,

Josepha Reuber

im Alter von 48 Jahren, wohlvorbereitet durch den öfteren Empfang der hl. Sakramente zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Still und fromm entschlief sie zu einem besseren Leben.

Um ein Gebet für die liebe Verstorbene bitten

die trauernden Hinterbliebenen.

Drolshagen und Olpe, den 19. Februar 1924.

Die Beerdigung findet statt Freitag morgen 9 Uhr vom Elternhause, danach das feierliche Seelenamt. (†j470

Geldschränke und Einmauerschränke

(Fabrikat Pelz)

empfiehlt

Heinrich Clemens, Olpe i. W.
Winterbergstr. 4 Telephon 272
W 31

F. A. Aßmann, Bonzel

b. Grevenbrück,

empfiehlt

Garten-, Genüse-, Blumensamen, Bohnen, Erbsen

in reicher Auswahl.

Pflanzzwiebeln, Vogelfutter

zu Friedenspreisen mit Ausnahme Stangen u. Krupbohnen, (weil Missernte) erhöhte Preise. Persönliche Einkäufe angenehm Aufträge werden sofort u. zu jeder Tageszeit ausgeführt. (†j427)